

## THEMENSERVICE

### Deutsche EU-Ratspräsidentschaft – KW 51

Patricia Enssle und Wadim Lisovenko

#### Rettet Merkel ihr europäisches Vermächtnis?



Angela Merkel, Ursula von der Leyen, David Sassoli  
© European Union

„Ich möchte sagen, dass ich der deutschen Präsidentschaft und Angela Merkel wirklich unglaublich dankbar bin für die Bemühungen seit dem Sommer“, lobte Ursula von der Leyen die Kanzlerin auf der [Pressekonferenz](#) nach dem letztwöchigen EU-Gipfel. In einer Marathon-Sitzung wurde die Blockade des EU-Haushaltes und des Corona-Wiederaufbaufonds durchbrochen, ein neues Klimaziel beschlossen und neue Sanktionen gegen die Türkei auf den Weg gebracht. Doch einige unerledigte Vorhaben drohen die Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft leicht zu trüben. Am wichtigsten bleibt die Frage: Kommt es doch zu einem No-Deal Brexit?

#### „Merkels Meisterleistung“

**EU-Haushalt und Wiederaufbaufonds:** Kurz vor dem [EU-Gipfel](#) am 10. und 11. Dezember wurde in der Presse immer wieder betont, wie viel an diesen beiden Tagen auf dem Spiel stand, auch für die Kanzlerin. „Ungelöste Probleme, die die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedsstaaten bei einem physischen Treffen ausräumen sollten, türmten sich kurz vor Ultimo auf“, resümierte **Bernd Riegert** von der [Deutschen Welle](#)<sup>1</sup>: „Merkel muss um ihre Europa-Bilanz bangen“, schrieb **Eric Bonse** von der [taz](#)<sup>2</sup>. Auch **Tobias Kaiser** und **Christoph B. Schiltz** von der [WELT](#)<sup>3</sup> mahnten: „Sie scheidet in neun Monaten aus dem Amt, es geht bei diesem Gipfel unter deutschem Vorsitz auch um ihr europäisches Vermächtnis.“ Mitte November hatten Ungarn und Polen einen Eklat ausgelöst, indem sie die Zustimmung zum EU-Haushalt und den Corona-Hilfen verweigerten. Es drohte ein Nothaushalt im Januar 2021. Nähere Informationen zu dem Konflikt finden Sie im Themenservice „Deutsche EU-Ratspräsidentschaft“ der [KW 48](#). Doch dann kam eine Erfolgsmeldung nach der anderen, auch wenn dafür mehr als 21 Stunden lang durchverhandelt werden musste. „In einem Gipfel-Marathon hat Bundeskanzlerin Angela Merkel zwei der großen EU-Probleme bewältigt. Polen und Ungarn gaben ihr Veto auf. Nachdem am Freitagmittag endlich alles vorbei

war, strahlte Angela Merkel regelrecht vor Erleichterung“, beobachtete **Barbara Wesel** von der [Deutschen Welle](#)<sup>4</sup>. „Mir ist ein Stein vom Herzen gefallen“, sagte Merkel gegenüber der Presse.

Den Grundstein für den Erfolg hatte Merkel schon vor dem Gipfel gelegt. **Thomas Gutschker**, **Hendrik Kafsack** und **Gerhard Gnauck** berichten in der [FAZ](#)<sup>5</sup> ausführlich, wie der Streit mit Polen und Ungarn beigelegt werden konnte. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hatte den beiden Staaten eine letzte Frist bis zum 9. Dezember gesetzt, um Kompromissbereitschaft zu signalisieren. Ansonsten hätte ein ranghoher EU-Diplomat gedroht, den Corona-Aufbaufonds ohne Polen und Ungarn umzusetzen. Am Mittwoch sei der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán dann überraschend nach Warschau gereist, während Warschauer Bürgermeister die städtischen Busse mit der Europafahne dekorieren ließ. Man sei nur „Zentimeter“ von einer Einigung entfernt, verkündete Orbán. Um halb fünf Uhr nachmittags habe die deutsche Ratspräsidentschaft dann die EU-Botschafter der anderen 24 Staaten über den Inhalt des mit Polen und Ungarn erzielten Kompromisses informiert. Laut einer Zusatzklärung bleibe der beschlossene Rechtsstaatsmechanismus unangetastet, allerdings müsse zunächst der Europäische Gerichtshof (EuGH) darüber ent-

scheiden, ob der Mechanismus auf Polen oder Ungarn angewendet werden dürfe. Beide Staaten hätten bereits eine Klage angekündigt. Mit einer Entscheidung sei erst in 12 oder 18 Monaten zu rechnen.

Beim Gipfel wurde dieser Kompromiss dann „nach nur 20 Minuten abgesehnet“, berichtet **Markus Becker** für [Spiegel Online](#)<sup>6</sup>. „Damit war der Weg frei für das 1,8 Billionen Euro schwere Haushalts- und Coronapaket, das viele Beteiligten nun als historisch preisen. Noch am Freitag leiteten die Botschafter der EU-Staaten das Verfahren zur Umsetzung der Beschlüsse ein.“ Bereits vor der schnellen Abstimmung hatten die anderen EU-Staaten Merks Kompromiss viel vertrauen geschenkt, obwohl er erst einen Tag vorher an die EU-Diplomaten übergeben worden war. Hätte ein anderes Land den Kompromiss ausgehandelt, „dann hätten die anderen 24 Regierungen sich das erst einmal sehr, sehr genau angesehen“, bestätigte ein EU-Diplomat gegenüber Becker. „Da der Deal aber von den Deutschen gekommen sei, habe es einen Vertrauensvorschuss gegeben - was auch an Berlins ständigem Vertreter Michael Clauß gelegen habe.“ Die Kanzlerin dankte dem Diplomaten Clauß nach dem Gipfel öffentlich. Er hatte in den letzten Monaten die Verhandlungen über das Finanzpaket geführt.

In der Presse wird aber letzten Endes vor allem die Rolle der Kanzlerin hervorgehoben. „Das Ende der Budget-Blockade in Brüssel kann die Bundeskanzlerin für sich verbuchen“, meint **Christian Kerl** in der [Berliner Morgenpost](#)<sup>7</sup>. Die Kanzlerin habe „doch noch eine positive Bilanz ihrer von hohen Erwartungen begleiteten, von Corona belasteten Ratspräsidentschaft“ vorgelegt. „Unter dem Strich stehen nun [...] zwei Erfolge, mit denen Merkel die Bilanz ihrer Ratspräsidentschaft, die am 31. Dezember endet, erst einmal gerettet hat“, pflichteten **Michael Fischer** und **Verena Schmitt-Roschmann** dieser Einschätzung im [Münchner Merkur](#)<sup>8</sup> bei. „Kanzlerin Angela Merkel hat gleich zum Auftakt des EU-Gipfels eine Meisterleistung vollbracht“, kommentiert **Hans-Peter Siebenhaar** auf [Handelsblatt online](#)<sup>9</sup>. „Damit ist ein historischer Meilenstein geschafft. Um ihr Ziel zu erreichen, mussten Deutschland und die 24 anderen Mitgliedstaaten die Kröte schlucken, dass Warschau und Budapest die Einführung mit einem Gang zum Luxemburger Gerichtshof womöglich um ein oder zwei Jahre verzögern können. Doch so viel Zeit ist verschmerzbar.“

Ein letzter Schritt fehlte noch zum endgültigen Erfolg. Am Mittwoch, den 16. Dezember, musste das EU-Parlament zustimmen. „Auf die Unterstützung des Europäischen Parlaments kann die EU-Exekutive dabei vertrauen. Die schnelle Zustimmung der EU-Volksvertretung gilt als sicher“, schätzte Siebenhaar. „Denn der mühsam ausgehandelte Kompromiss zwischen Rat, Kommission und EU-Volksvertretung ist schließlich unangetastet geblieben.“ Auch **Matthias Kolb** von der [Süddeutschen Zeitung](#)<sup>10</sup> pflichtete bei, dass ein „Ja“ des EU-Parlaments als sicher gelte. Kritische Stimmen gebe es dennoch. So beklage die liberale EU-Abgeordnete Sophie In't Veld den "alarmierenden Präzedenzfall", dass die EU-Kommission erst auf ein Urteil des EuGH warten müsse, um geltendes Recht anzuwenden. Weil in Ungarn im Jahr 2022 Wahlen anstehen, „befürchten Kritiker einen schmutzigen Deal, der Orbán bis zu einer möglichen Wiederwahl schont.“ Weitere Kommentare zum Rechtsstaatlichkeitsmechanismus von führenden EU-Abgeordneten finden Sie in diesem [Pressestatement](#).

Am Mittwochabend wurde in einer [Pressemitteilung](#) dann die positive Botschaft verkündet: Der vereinbarte Entwurf über den langfristigen EU-Haushalt für 2021-2027 wurde „mit 548 Ja-Stimmen bei 81 Nein-Stimmen und 66 Enthaltungen angenommen.“ Kurze Zeit später unterzeichneten Parlamentspräsident David Sassoli, der deutsche Europa-Staatssekretär Michael Roth und EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn die Vereinbarung.



David Sassoli, Michael Roth  
© European Union 2020 - Source: EP

**Klimaziele:** Die EU-Staats- und Regierungschefs wollten sich auf diesem Gipfel schon beim Abendessen ein neues Klimaziel setzen. Markus Becker beschreibt die Szene sehr anschaulich in seinem vorgenannten Bericht für den Spiegel: „Die Klimadebatte begann beim Dinner am Donnerstagabend. Bei Tomaten-

Zucchini-Suppe, Seebarsch und Zitrusfrucht-Salat mit Honigeis diskutierte man über CO<sub>2</sub>-Einsparungen und ihre Wirkung auf die Wirtschaft. Die Debatte zog sich durch die ganze Nacht. Frankreich etwa wollte Atomstrom als Übergangstechnologie eingestuft sehen, während das stark von Kohlestrom abhängige Polen mehr Geld für den Energiewandel verlangte.“ Ein hochrangiger EU-Diplomat beschwerte sich am nächsten Morgen. „Das Klima war ein echter Albtraum“, zitiert ihn **Karoline Meta Beisel** in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>11</sup>. „Ich habe noch nie so viele überarbeitete Versionen einer Gipfelerklärung gesehen.“ Erst um 8 Uhr am Freitagmorgen sei der Durchbruch gelungen. Am Ende wurde bis 2030 ein Reduktionsziel von mindestens 55 Prozent der klimaschädlichen Gase im Vergleich zu 1990 beschlossen, pünktlich zum fünften Jahrestag des Pariser Abkommens. Schwächere Länder sollen mit Milliardenfonds bei der Umsetzung der Ziele unterstützt werden, das überzeugte dann auch Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki. Über das Reduktionsziel müsse nun weiter mit dem EU-Parlament verhandelt werden. Die Abgeordneten hatten im Oktober ein Reduktionsziel von [60 Prozent](#) gefordert.

**Türkei-Sanktionen:** Enttäuscht zeigte sich Merkel auf der [Pressekonferenz](#) nach dem Gipfel darüber, dass kein positiver Dialog mit der Türkei erreicht werden konnte: „Zur deutschen Präsidentschaft gehört, dass wir uns gewünscht hätten, die Beziehungen zur Türkei konstruktiver zu gestalten. [...] Trotzdem reichen wir der Türkei weiterhin die Hand und sagen: Wir wollen an einer konstruktiven Agenda arbeiten. Das war aus dem Blickwinkel der deutschen Ratspräsidentschaft aber doch etwas enttäuschend; wir hatten uns hier etwas mehr vorgenommen.“ Wegen der anhaltenden Aggressionen gegen die EU-Staaten Zypern und Griechenland wurde auf dem Gipfel erneut über Sanktionen beraten. Am Ende debattierten die Staats- und Regierungschefs nur „gut eine halbe Stunde [...] am Donnerstag beim Abendessen“ über dieses Thema, berichten **Volker Pabst** und **Daniel Steinvorth** in der *NZZ*<sup>12</sup>. Es habe „niemand ernsthaft mit harten Sanktionen gegen den Beitrittskandidaten“ gerechnet, kommentierte ein EU-Diplomat die Lage. Nur Griechenland, Zypern und Frankreich seien für härtere Strafmaßnahmen gewesen. „Beim Hauptgang einigte man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner: Erweitert werden soll

die bereits bestehende Sanktionsliste von türkischen Personen und Firmen, die an den Erdgasbohrungen beteiligt sind, um einige neue Namen.“ Außerdem wolle man die Türkei bis zum nächsten regulären Gipfel im März „unter Beobachtung“ stellen. „Noch einmal drei Monate habe die Türkei also Zeit, die immer noch ausgestreckte Hand der EU zu ergreifen, so formulieren es die Optimisten in Brüssel. Damit bleibt die Gemeinschaft ihrer außenpolitischen Linie gegenüber Ankara treu, die vor allem von der deutschen Ratspräsidentschaft durchgesetzt, von Kritikern aber als Appeasement-Politik bezeichnet wird.“ Griechenlands Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis hatte die Debatte am Freitag als Schritt in die richtige Richtung begrüßt. „Die Androhung von Sanktionen sei das beste Mittel, um den Druck auf die Türkei aufrechtzuerhalten, damit diese von weiteren Provokationen im östlichen Mittelmeer absehe [...] die EU sei eben kein wendiges Schnellboot, sondern eher ein Ozeandampfer. Aber dieser sei nun auf Kurs.“

### Brexit-Deal: Es verstreicht eine Frist nach der anderen

Zum Jahreswechsel endet unwiderruflich die Brexit-Übergangsphase, während dieser Großbritannien Teil des EU-Binnenmarkts und der Zollunion geblieben ist. Noch steht kein Handelsabkommen für die Zeit danach, wobei die Zeit für Verhandlungen endgültig abläuft. Vor mehr als zwei Wochen berichtete **Thomas Guttschker** in der *FAZ*<sup>13</sup> noch, es hieße aus EU-Kreisen, dass der britische Premierminister Boris Johnson neue Hürden für ein Abkommen errichtet hätte, womit wohl staatliche Beihilfen gemeint seien. Johnson wolle demnach „auf der Zielgeraden die Verhandlungen sabotieren“.

Am 13. Dezember, weniger als drei Wochen vor dem Austritt Großbritanniens aus dem EU-Binnenmarkt, hatten London und Brüssel ihre Verhandlungen über ein Handelsabkommen erneut verlängert. **Albrecht Meier** titelt im *Tagesspiegel*<sup>14</sup>: „In Brüssel geht die Brexit-Hängepartie weiter“. So hatten Johnson und die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zuletzt am 9. Dezember in Brüssel miteinander gesprochen und dabei eine Frist bis zum jenem Sonntag gesetzt, die man verstreichen lassen hat. Laut *Tagesspiegel* erklärte die Kommissionspräsidentin daraufhin, dass es verantwortungsvoll sei, wenn beide Seiten jetzt noch „eine zusätzliche Meile“ bei den Gesprächen gehen würden. Einen neuen Termin für

das Ende der Verhandlungen legten Johnson und von der Leyen nicht fest. Somit ist weiterhin unklar, ob es noch zu einem Deal kommen wird oder nicht. Die ständigen Verschiebungen könnten aber auch Teil eines „Schwarze-Peter-Spiels“ sein, meint Meier, denn „weder Großbritannien noch die EU will sich hinterher vorwerfen lassen, den Verhandlungstisch verlassen zu haben und damit für das Scheitern der Gespräche verantwortlich zu sein“. Die Süddeutsche Zeitung<sup>15</sup> zitiert zu den am 13. Dezember beschlossenen Gesprächs-Verlängerungen eine von Johnson und von Ursula von der Leyen verbreitete gemeinsame Mitteilung: „Trotz der Erschöpfung nach fast einem Jahr Verhandlungen, trotz der Tatsache, dass Deadlines immer wieder verfehlt wurden, glauben wir, dass es in diesem Moment die Verantwortung gebietet, eine letzte Anstrengung zu unternehmen“. Des Weiteren erwähnen **Björn Finke** und **Alexander Mühlauer**, dass der britische Premier trotz dessen verlauten ließ, man müsse auf ein Scheitern vorbereitet sein und gleichzeitig versicherte, Großbritannien würde gut dastehen. Zudem, sagte Johnson er habe „als Zeichen, dass er bis zuletzt gewillt ist, für ein Handelsabkommen zu kämpfen“ sein Angebot, mit Paris, Berlin und anderen Hauptstädten direkt in Verhandlungen zu treten, erneuert. Frankreich und Deutschland lehnten dies bislang jedoch ab. Einige Tage zuvor hatte die britische Regierung bereits angekündigte, von Januar an, vier Patrouillenboote der Royal Navy im Ärmelkanal einzusetzen, um die Küstengewässer vor EU-Fischkuttern zu schützen, falls es zu einem Abbruch der Gespräche kommen sollte.



Michel Barnier  
© European Union

Nachdem am 13. Dezember weiter verhandelt wurde, hatte der Chefverhandler der EU, Michael Barnier, am folgenden Montag, die 27 EU-Botschafter und das zuständige Gremium des Europäischen Parlaments über den Stand der Verhandlungen informiert. **Albrecht Meier**

schreibt dazu im Tagesspiegel<sup>16</sup>, mit Verweis auf den irischen Sender RTE, dass demnach Barnier eine vorübergehende „No-Deal“-Periode Anfang Januar selbst für den Fall nicht ausschließt, dass in den kommenden Tagen eine Einigung mit London erzielt werden kann. Solch eine Periode würde bedeuten, dass ab dem 1. Januar die EU und Großbritannien zumindest vorübergehend auf der Basis der Vereinbarungen der Welthandelsorganisation (WTO) Handel treiben müssten, womit Zölle fällig würden. Meier zitiert hier den Europa-Staatsminister Michael Roth (SPD), der äußert, dass die EU „aus guten Gründen“ das Risiko einer Zeitnot bei der Ratifizierung eines möglichen Handelsabkommens eingehe, um die Tür für einen Abschluss offen zu halten.

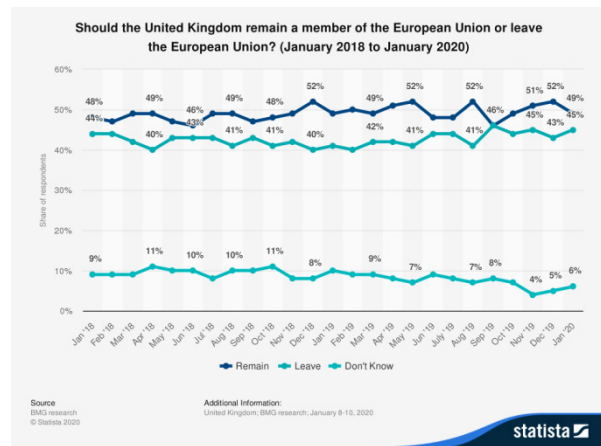
Die Süddeutsche Zeitung<sup>17</sup> zitiert darüber hinaus einen EU-Diplomaten mit den Worten: Es „könnte jetzt ein schmaler Pfad zu einer Einigung sichtbar sein“, wenn die letzten Streitpunkte beseitigt würden. Laut dem Diplomaten gäbe es Fortschritte, aber „teilweise beträchtliche Gräben müssen noch überwunden werden in bedeutenden Bereichen“. Die bestehenden Streitpunkte betreffen die Fangquoten von EU-Fischern in britischen Gewässern und die Herstellung von fairen Wettbewerbsbedingungen zwischen Unternehmen in der EU und in Großbritannien, dem sogenannten Level Playing Field. Es kämen aus London jetzt vorsichtig optimistische Töne. Laut dem Sprecher des Premierministers, sei ein „No-Deal“ Szenario zwar weiterhin „ein mögliches Ergebnis“, jedoch sei man „hoffnungsvoll“, dass ein Handelsvertrag erreicht werden könne. **Björn Finke** und **Alexander Mühlauer** führen an, dass dies am 13. Dezember noch ganz anders klang, als Johnson erklärte, dass ein „No-Deal“ Resultat am „wahrscheinlichsten“ sei. Eine neue Frist für eine Einigung hat auch Barnier am 14. Dezember nicht bekannt gegeben. Falls eine Einigung kommt, müssten dieser alle 27 EU-Regierungen sowie das Europaparlament und das britische Unterhaus zustimmen. Wenn es in jener Woche gelingen sollte eine Verständigung zu erreichen, könnten sich die Ausschüsse des EU-Parlaments und dann das Plenum zwischen dem 27. und 29. Dezember mit dem Handelsabkommen befassen. Falls sich die Verhandlungen jedoch länger hinziehen sollten, werden die Mitgliedstaaten das Abkommen dem Parlament nicht mehr rechtzeitig weiterleiten können. Somit würde der „umfangreichste Handelsvertrag in der Geschichte der EU“, ohne Billigung des Europaparlaments, am 1. Januar provisorisch in Kraft treten. Die Volksvertreter

könnten das Abkommen dann nur nachträglich diskutieren, was bei den EU-Parlamentariern auf Kritik stößt.

Am Donnerstag verkündete das EU-Parlament in einer außerordentlichen Sitzung eine neue Frist für die Verhandlungspartner. Bis zum nächsten Sonntag, den 20. Dezember, müsse ein Abkommen vorliegen. Dann wäre es noch möglich gewesen, das Abkommen zu ratifizieren. „Trotz des engen Zeitrahmens wären wir bereit, unserer parlamentarischen Verantwortung nachzukommen, unter der Bedingung, dass der fertige und unterschriftsreife Text unverzüglich nach Abschluss der Verhandlungen vorgelegt wird“, zitiert **Hans-Peter Siebenhaar** sagte den EU-Abgeordneten David McAllister auf [Handelsblatt online](#)<sup>18</sup>. Zuvor hatte Chefunterhändler Michel Barnier die Fraktionschefs des EU-Parlaments über den Fortgang der Verhandlungen informiert. „In diplomatischen EU-Kreisen“ sei man zu diesem Zeitpunkt optimistisch gewesen, dass in den nächsten Tagen ein Abkommen möglich wäre. Die Abgeordneten des britischen Parlaments bereiteten sich ebenfalls auf eine schnelle Ratifikation vor, wie **Jochen Buchsteiner** für die [FAZ](#)<sup>19</sup> aus London berichtet. „Jacob Rees-Mogg, der als ‚Leader of the House‘ in der Regierung die Abläufe im Unterhaus organisiert, gab Signale an die Abgeordneten, dass sie sich die kommende Woche mit den Weihnachtsfesttagen für Sitzungen freihalten sollten.“

Am folgenden Freitag stimmte das EU-Parlament vorsorglich für Notfallpläne, falls es doch zu einem „No-Deal“ kommen sollte. „Jeweils mit breiter Mehrheit nahmen die Abgeordneten vier entsprechende Vorschläge der EU-Kommission an“, schreibt [Zeit Online](#)<sup>20</sup>. Konkret geht es um Maßnahmen für Straßen- und Flugverkehr sowie für den Fischfang. Mit Übergangsregelungen sollen schwerste Konsequenzen abgemildert werden, allerdings nur falls Großbritannien reziprok handelt.

Am Sonntag verstrich nun auch die letzte Frist des EU-Parlaments. „Die Verhandlungen bleiben schwierig, und es gibt weiterhin deutliche Unterschiede“, zitiert das [Handelsblatt](#)<sup>21</sup> ein Statement aus britischen Regierungskreisen. Das Europaparlament sehe damit keine Chance mehr für eine rechtzeitige Ratifizierung vor Jahresende, sagte David McAllister am Sonntagabend: „Leider gibt es noch immer nicht Klarheit, ob sich beide Seiten auf ein Abkommen verständigen können. Daher kann es vor Ende des Jahres kein förmliches Zustimmungsverfahren im Europäischen Parlament geben.“ Die Verhandlungen werden jedoch fortgesetzt.



Welche Auswirkungen hätte ein Austritt Großbritanniens aus dem Binnenmarkt und der Zollunion ohne ein Handelsabkommen mit der EU? Die [Deutsche Welle](#)<sup>22</sup> beleuchtet verschiedene Bereiche, die betroffen wären. So würden unter anderem Zollkontrollen an Häfen und Grenzen eingeführt, welche mit hohen Extrakosten für britische Unternehmen einhergehen würden. Es gäbe auch weitreichende Änderungen im Reise- und Tourismusbereich. Mit den momentanen Corona-Regelungen wäre beispielsweise ab dem 1. Januar 2021 überhaupt keine Einreise in die EU mehr möglich. Darüber hinaus werden der Verlust von Wettbewerbsfähigkeit der britischen Automobilindustrie, komplizierte Genehmigungsverfahren für britische Pharmaprodukte, neue Zölle auf landwirtschaftliche Produkte sowie nötige Arbeitsvisa für die EU angeführt. Auch bekäme die EU einen „No-Deal“ zu spüren, insbesondere die Niederlande, Belgien und Nordfrankreich, da dort Zulieferunternehmen für britische Firmen sitzen und der Handel besonders ausgeprägt ist. In einem weiteren Beitrag thematisiert die [Deutsche Welle](#)<sup>23</sup> die Auswirkungen des Brexits auf Irland. Da sich Brüssel und London auf ein Nordirland-Protokoll geeinigt haben, welches auch in einem „No-Deal“ Szenario greifen würde, habe zumindest ein Wiederaufflammen des Nordirlandkonflikts abgewendet werden können. Ähnlich beschreibt **Niklaus Nusplieger** in der [NZZ](#)<sup>24</sup>, „was für die Briten auf dem Spiel steht“. Er stellt vor allem fest, dass eine „Brexit-Erschöpfung“ in der britischen Bevölkerung eingeleitet sei, was auch damit zusammen hänge, „dass gar nicht so offensichtlich ist, welche Folgen ein Deal oder ein ‚No-Deal‘ auf das Alltagsleben hätte“. Viele Neuerungen würden ganz unabhängig vom Verhandlungsausgang Tatsache, beispielsweise in der Einwanderungspolitik. Da sich das geplante Abkommen auf den Güterhandel beschränken würde, werde der Finanzplatz London seinen privilegierten

Zugang zum EU-Markt unabhängig davon so wieso verlieren. Nusplieger ist jedoch der Meinung, dass ein „Brexit-Zerwürfnis“ die grenzüberschreitende Kooperation in vielen Bereichen nachhaltig belasten würde. Wie es genau mit dem Finanzplatz London ab Januar weitergeht, erläutert **Benjamin Triebe** in der NZZ<sup>25</sup>. Denn ab dem neuen Jahr werden britische Banken und Finanzdienstleister den sogenannten „EU-Pass“, der es ihnen erlaubt, ihre Dienste ohne Einschränkungen für EU-Kunden anzubieten, verlieren. Dem hingegen sei die schnelle Zulassung des Corona-Impfstoffs von Biontech und Pfizer in Großbritannien für den britischen Gesundheitsminister ein Beleg dafür, welche Vorteile ein EU-Austritt bietet, berichtet **Jochen Buchsteiner** in der FAZ<sup>26</sup>.

### EU-Erweiterung: „Ein schwerer Schlag“

Noch immer blockiert Bulgarien die EU-Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien, die eigentlich im Dezember beginnen sollten. "Das ist ein schwerer Schlag", bedauert der deutsche Europa-Staatsminister Michael Roth laut **Bernd Riegert** von der Deutschen Welle<sup>27</sup>. „Das münzte er sowohl auf die Beitrittskandidaten als auch auf die zu Ende gehende deutsche Ratspräsidentschaft in der EU. Bundeskanzlerin Angela Merkel habe sich persönlich bei den Bulgaren für Nordmazedonien eingesetzt. Ohne Erfolg.“ Bulgarien fordere von dem Nachbarland, es müsse unter anderem die mazedonische Sprache als einen bulgarischen Dialekt anerkennen. Auch gegen Verhandlungen mit Albanien gebe es Widerstand, nämlich von den Niederlanden, wie EU-Diplomaten aus den bisherigen Konferenzen berichten. "Das sagen sie im Moment nicht öffentlich, sondern ducken sich lieber hinter Bulgarien weg", zitiert Riegert einen dieser Diplomaten. Überhaupt keine Fortschritte habe es bei dem Beitrittsprozess von Serbien gegeben. Unter der deutschen Ratspräsidentschaft konnte das Land „kein einziges der insgesamt 35 Verhandlungskapitel neu eröffnen.“ Die Verantwortung dafür sehe Roth allerdings alleine bei Serbien: „Der Fortschritt in den Verhandlungen liegt ja nicht an uns, sondern hauptsächlich bei den Beitrittskandidaten“. Serbiens Fortschritte bei rechtsstaatlichen Reformen, freien Medien und der Lösung regionaler Konflikte seien nicht zufriedenstellend gewesen.

Staatsminister **Michael Roth** kritisiert das Veto Bulgariens auch in einem kurzen Interview

mit dem Spiegel<sup>28</sup>. „Als einziges Land hat Bulgarien der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien bislang nicht zugestimmt. Ich respektiere, dass es historische Entwicklungen gibt, die für Bulgarien sensibel sind. Aber der EU-Beitrittsprozess darf nicht zur Geisel bilateraler Forderungen werden. Unser übergeordnetes strategisches Interesse an Frieden und Stabilität auf dem Westbalkan und an einer engen Anbindung der Region sollte für uns alle an erster Stelle stehen.“ Roth warnt ferner vor den politischen Folgen der Verzögerung der Beitrittsverhandlungen. Es schade der Glaubwürdigkeit der EU und sei „Wasser auf die Mühlen nationalistischer Kräfte in der Region. [...] Man kann nicht einfach Staaten in unserer unmittelbaren Nachbarschaft auf die Wartebank setzen, obwohl sie die von uns verlangten Hausaufgaben gemacht haben.“



Michael Roth  
© European Union

Bulgariens Außenministerin **Eketarina Sachariewa** verteidigt im Interview mit der WELT<sup>29</sup> das Veto gegen die Beitrittsverhandlungen. Nordmazedonien müsse erst einmal „greifbare Ergebnisse bei der Implementierung unseres Abkommens über gute nachbarschaftliche Beziehungen nachweisen.“ Bei wichtigen Punkten wie der Historikerkommission oder gemeinsamen Infrastrukturprojekten bleibe Nordmazedonien tatenlos. Auch wehrt sich Sachariewa gegen den Vorwurf, man würde dem Staat Nordmazedonien das Recht auf nationale Selbstbestimmung absprechen. Vielmehr wolle man die Rechte von nordmazedonischen Bürgern mit bulgarischen Wurzeln schützen. „In den letzten zehn Jahren haben 88.450 Nordmazedonier die bulgarische Staatsbürgerschaft erhalten aufgrund ihrer Abstammung. [...] Sie haben auch ein Recht auf Selbstbestimmung. Aber jeder, der sich heute in der

Republik Nordmazedonien als Bürger mit bulgarischen Wurzeln definiert, wird dort weiterhin diskriminiert.“ Trotz der aktuellen Situation bleibe Bulgarien „einer der stärksten Befürworter des Erweiterungsprozesses - inklusive der Republik Nordmazedonien. Ich wünsche mir wirklich konstruktive und ernste Gespräche zwischen uns.“

## Weitere wichtige Themen

**Asyl- und Migrationspolitik:** Bundesinnenminister Horst Seehofers zentrales Projekt während der deutschen Ratspräsidentschaft war es, „den gordischen Knoten in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik“ zu lösen, wie **Daniel Steinvorth** von der NZZ<sup>30</sup> es ausdrückt. Damit sei er nun sechs Monate später „krachend gescheitert“. Die Mitgliedstaaten seien sich weiter uneinig, ob und wie Migranten zwischen den Ländern verteilt werden sollen. Am Montag, den 14. Dezember, fand die letzte Videokonferenz unter deutschem Vorsitz statt. Nachdem die Corona-Pandemie<sup>31</sup> die Verhandlungen bereits in den letzten Monaten erheblich erschwert hatte, musste Seehofer nun dieser Runde sogar fernbleiben – wegen einer freiwilligen Quarantäne<sup>32</sup>. Vertreten wurde er durch Staatssekretär Stephan Mayer. Als Ergebnis der monatelangen Verhandlungen kann die deutsche Ratspräsidentschaft nur einen kurzen Fortschrittsbericht präsentieren. Darin werden die unterschiedlichen Positionen festgehalten. Länder wie Polen oder Ungarn würden demnach sowohl die verpflichtende Aufnahme von Flüchtlingen als auch die Übernahme von Rückführungen ablehnen. Die Mittelmeerstaaten fürchten dagegen eine zusätzliche Belastung durch ein vorgeschlagenes Grenzverfahren, welches zwar schnellere Asylbescheide vorsehe, aber auch die Unterbringung an der EU-Außengrenze erfordern würde. Generell fordern diese Staaten mehr Solidarität bei der Verteilung der Migranten. „Die Ratspräsidentschaft empfiehlt nun, den Solidaritätsmechanismus mit Beispielen durchzurechnen. Das wird den Widerstand aber gewiss nicht brechen. Es liegt nun an Portugal, das am 1. Januar den Vorsitz übernimmt, die schwierige Debatte weiterzuführen“, schreibt Steinvorth. Sollte auch dann keine Einigung gefunden werden, fürchten einige Politiker fatale Folgen bis hin zu einem Scheitern des Schengen-Raumes. „Dass die Geduld einiger Hauptzielstaaten von Asyl-

bewerbern mit der EU und ihren Institutionen bei der Lösung des Migrationsproblems nicht unendlich ist, machte vor Wochen Frankreichs Präsident Emmanuel Macron deutlich, als er eine Schengen-Reform forderte und den mangelnden Schutz der Außen- und Binnengrenzen kritisierte“, erinnert **Marcel Leubecher** in der WELT<sup>33</sup>. Andrea Lindholz, die Vorsitzende des Innenausschusses im Bundestag, sagte der WELT: „Schengen wird scheitern, wenn die Europäer nicht endlich ihre Außengrenzen verlässlich kontrollieren und abgelehnte Asylbewerber konsequent zurückschicken.“

**ASEAN-Staaten:** Die EU konnte mit der Aufwertung ihrer Beziehungen zum Verband der südostasiatischen Staaten (ASEAN) zu einer „strategischen Partnerschaft“, laut dem Bundesaußenminister Heiko Maas, ein zentrales Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erreichen. Die ASEAN nehme in der Ausrichtung der Europäer nach Asien „eine hervorgehobene Rolle“ ein, schreibt die FAZ<sup>34</sup>. Vor dem Hintergrund sich (wirtschafts-)politisch nicht zu sehr auf China zu fokussieren und von China abhängig zu machen, wollen die Europäer die Beziehungen zu anderen Partnern in der Region wie Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland und Indien ausbauen. Konkret würden die Hoffnungen der EU dabei weniger auf „einer Allianz gleicher politischer Systeme“ beruhen, sondern auf Gemeinsamkeiten in der Wertschätzung einer „regelbasierten Ordnung“, den Prinzipien des freien Handels und der freien Seefahrt, der friedlichen Konfliktlösung und des Multilateralismus oder auch auf einer Zusammenarbeit beim Klimawandel und dem Kampf gegen das Coronavirus. Zudem würden die Deutschen hoffen, dass eine gesamteuropäische Indo-Pazifik-Strategie bis zum Jahr 2022, wenn Frankreich die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, erarbeitet ist. Diese Strategie dürfte Großteils auf den, im Herbst beschlossenen, deutschen „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ beruhen.

**EU-China Beziehungen:** Neuen Informationen zufolge, welche **Dana Heide, Hans-Peter Siebenhaar** und **Till Hoppe** vom Handelsblatt<sup>35</sup> vorliegen, arbeiten die Europäische Union und China „unter Hochdruck“ am Abschluss der Verhandlungen über ein Investitionsabkommen. Die Gespräche würden fortgesetzt werden, um die letzten Streitpunkte auszuräumen. „Auf beiden Seiten gibt es verhaltene Zuversicht, zu einer Einigung kommen zu können.“

Womöglich gebe es noch in dieser Woche Ergebnisse“, zitieren die Autoren einen „Insider“ in Brüssel am 15. Dezember. „Sollte es tatsächlich noch zu einer Einigung kommen, wäre das ein Höhepunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Kanzlerin Merkel hatte sich stets für das Investitionsabkommen eingesetzt und an dem Ziel festgehalten, bis Ende 2020 zum Abschluss zu kommen.“ Ursprünglich sollte das Abkommen zu den EU-China-Beziehungen bereits im September „bei einem historischen Gipfeltreffen der 27 EU-Staats- und -Regierungschefs mit der chinesischen Führung“ verkündet werden. Die Corona-Pandemie durchkreuzte die Pläne, am Ende blieb nur ein kurzer Videogipfel<sup>36</sup>. Am Freitag bestätigte ein Sprecher des chinesischen Außenamts, dass die Verhandlungen „die letzte Phase erreicht hätten, wie **Lea Deuber, Björn Finke, Christoph Giesen und Matthias Kolb** von der Süddeutschen Zeitung<sup>37</sup> berichten.



Xi Jinping, Charles Michel, Angela Merkel, Ursula von der Leyen  
© European Union

**Menschenrechte:** Vergangene Woche billigten die EU-Außenminister den nötigen Rechtsrahmen für einen neuen Sanktionsmechanismus, mit dem die EU gegen Personen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben, vorgehen will. Vorbild sei der von den USA 2016 erlassene „Global Magnitsky Act“, erläutert **Eric Bonse** in der taz<sup>38</sup>. Für solch einen Mechanismus hatte sich zuerst das Europäische Parlament ausgesprochen und Deutschland habe dies dann zu einem Schwerpunkt seiner Ratspräsidentschaft gemacht. Laut Außenminister Maas sollen Personen, die für Folter oder für Menschenhandel verantwortlich seien, „künftig nicht mehr sorgenlos in Europa shoppen gehen können“. Anders als die US-Regelung soll der EU-Mechanismus nur bei „ernsthaften Menschenrechtsverletzungen“ wie Völkermord, Menschenhandel oder systematischer sexueller Gewalt wirksam werden, beschreibt **Daniel Steinvorth** in der NZZ<sup>39</sup>. Im

Einzelnen solle möglich gemacht werden, dass die EU von Personen oder Organisationen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begehen oder von ihnen profitieren, Vermögenswerte einfrieren kann oder auch Einreisesperren für die EU unabhängig vom Ort weltweit verhängen kann. Jedoch müssen alle Mitgliedstaaten den Maßnahmen einstimmig zustimmen. Laut EU-Diplomaten werden wohl im ersten Quartal 2021 die ersten Entscheidungen fallen, auf wen das neue „Menschenrechtsregime“ angewendet wird, wie die Deutsche Welle<sup>40</sup> berichtet. Der luxemburgische Außenminister, Jean Asselborn, habe bereits vorgeschlagen, Mitglieder der türkischen Justiz mit Sanktionen zu belegen, da diese willkürliche Verhaftungen von Menschenrechtlern zuließen.

## Weitere Informationen

- Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 10. bis 11. Dezember 2020.
- Pressekonferenz von EU-Ratspräsident Michel, Kanzlerin Merkel und EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen nach dem Europäischen Rat und dem Eurogipfel.
- Fortschrittsbericht der deutschen Präsidentschaft zu Kernelementen einer europäischen Migrations- und Asylpolitik und zum weiteren Vorgehen.
- Deutschlandfunk: Gespräch mit dem britische Politologen Anthony Glees zu den Brexit-Verhandlungen.
- Verteidigungsministerin Annegret **Kramp-Karrenbauer** hat in einer virtuellen Gesprächsrunde mit sicherheitspolitischen Expertinnen und Experten eine erste positive Bilanz für die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 gezogen.
- eu2020.de: Die offizielle Webseite der Bundesregierung zu der Ratspräsidentschaft.
- Auf der offiziellen Themenseite der **Konrad-Adenauer-Stiftung** finden Sie aktuelle Interviews sowie auch Veranstaltungen und Publikationen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

<sup>1</sup> Bernd Riegert, EU-Gipfel auf einem Berg von Problemen, Deutsche Welle, 10.12.2020, <https://www.dw.com/de/eu-gipfel-auf-einem-berg-von-problemen/a-55886868>

<sup>2</sup> Eric Bonse, Merkel muss um ihre Bilanz bangen, taz.de, 10.12.2020, <https://taz.de/Streit-vor-EU-Gipfel/!5730579/>

<sup>3</sup> Tobias Kaiser/ Christoph B. Schiltz, Für Merkel geht es mit diesem Kompromiss auch um ihr europäisches Vermächtnis, Welt Online, 10.12.2020,



<https://www.welt.de/politik/ausland/article222155238/Einigung-im-Streit-ueber-Rechtsstaat-Bruessel-laesst-Corona-Milliarden-fluessen.html>

<sup>4</sup> Barbara Wesel, Merkel schafft Klimawandel auf EU-Gipfel, Deutsche Welle, 11.12.2020,

<https://www.dw.com/de/merkel-schafft-klimawandel-auf-eu-gipfel/a-55908420>

<sup>5</sup> Gerhard Gnauck/ Thomas Gutschker/ Hendrik Kafsack, Wie die deutsche Regierung den Streit mit Polen und Ungarn beilegte, faz.net, 09.12.2020,

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wie-berlin-den-eu-streit-mit-polen-und-ungarn-beilegte-17094032.html>

<sup>6</sup> Markus Becker, Merkels Triple, Spiegel Online, 11.12.2020, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-nach-eu-gipfel-lob-fuer-die-kanzlerin-a-a0e468cd-f765-4556-a03f-c56f95a3e0a7>

<sup>7</sup> Christian Kerl, EU-Gipfel: Kanzlerin Angela Merkel setzt sich durch, morgenpost.de, 10.12.2020, <https://www.morgenpost.de/meinung/article231116754/EU-Gipfel-Kanzlerin-Angela-Merkel-setzt-sich-durch.html?bot-access=true&>

<sup>8</sup> Michael Fischer/ Verena Schmitt-Roschmann, Die Stunde der Dauerkrisenmanagerin, Münchner Merkur, 12.12.2020.

<sup>9</sup> Hans-Peter Siebenhaar, Die Lösung des EU-Haushaltsstreits ist eine Meisterleistung Merkels, Handelsblatt online, 10.12.2020,

<https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-die-loesung-des-eu-haushaltsstreits-ist-eine-meisterleistung-merkels/26708252.html?ticket=ST-14325375-egfs2muZhnXxAGZSQVdj-ap2>

<sup>10</sup> Matthias Kolb, Stein vom Herzen, sueddeutsche.de, 11.12.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-gipfel-stein-vom-herzen-1.5145404>

<sup>11</sup> Karoline Meta Beisel, Geld statt Kohle, sueddeutsche.de, 11.12.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-klimaplan-geld-statt-kohle-1.5145463>

<sup>12</sup> Volker Pabst/ Daniel Steinvorth, Brüssel erhöht den Druck auf Ankara, aber nur ein bisschen, nzz.ch, 11.12.2020, <https://www.nzz.ch/international/die-eu-verhaengt-leichte-sanktionen-gegen-die-tuerkei-ld.1591626>

<sup>13</sup> Thomas Gutschker, „Das ist der letzte Versuch“, faz.net, 06.12.2020,

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/brexit-verhandlungen-neue-hindernisse-fuer-ein-abkommen-17088718.html>

<sup>14</sup> Albrecht Meier, Warten auf den Tag X, tagesspiegel.de, 13.12.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/brexit-gespraech-gehen-in-verlaengerung-warten-auf-den-tag-x/26714530.html>

<sup>15</sup> Björn Finke/ Alexander Mühlauer, Und weiter geht's, sueddeutsche.de, 13.12.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/brexit-eu-grossbritannien-verhandlungen-1.5146266?reduced=true>

<sup>16</sup> Albrecht Meier, Selbst nach dem „No Deal“ könnte noch eine Lösung kommen, tagesspiegel.de, 14.12.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/post-brexit-gespraech-selbst-nach-dem-no-deal-koennte-noch-eine-loesung-kommen/26716892.html>

<sup>17</sup> Björn Finke/ Alexander Mühlauer, Brexit unterm Weihnachtsbaum, sueddeutsche.de, 14.12.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-brexit-unterm-weihnachtsbaum-1.5147702?reduced=true>

<sup>18</sup> Hans-Peter Siebenhaar, EU-Parlament macht Druck auf Brexit-Unterhändler, Handelsblatt online, 17.12.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/handels-abkommen-eu-parlament-macht-druck-auf-brexit-unterhaendler/26730196.html>

<sup>19</sup> Jochen Buchsteiner, Fällt die Brexit-Entscheidung an Weihnachten?, faz.net, 16.12.2020,

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kommt-es-weihnachten-zu-einem-brexit-showdown-im-unterhaus-17105578.html>

<sup>20</sup> o.A., Europaparlament stimmt für Notfallpläne, Zeit Online, 18.12.2020, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-12/brexit-eu-parlament-no-deal-notfallplaene-zoll-handel-wirtschaft>

<sup>21</sup> o.A., Brexit-Verhandlungen stocken – Vertrag kann nicht mehr ratifiziert werden, Handelsblatt online, 20.12.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/harter-brexit-droht-brexit-verhandlungen-stocken-vertrag-kann-nicht-mehr-ratifiziert-werden/26737562.html?ticket=ST-15654457-wnKAnnjUfmpv24vrrk9-ap2>

<sup>22</sup> Barbara Wesel, Brexit: Was bedeutet ein No-Deal?, Deutsche Welle, 13.12.2020, <https://www.dw.com/de/brexit-was-bedeutet-ein-no-deal/a-55918092>

<sup>23</sup> David Ehl, Die neue Irland-Frage: Wie der Brexit alles verändert, Deutsche Welle, 09.12.2020, <https://www.dw.com/de/offene-grenze-dank-nordirland-protokoll-wie-der-brexit-f%C3%BCr-irland-alles-%C3%A4ndert/a-55883353>

<sup>24</sup> Niklaus Nuspliger, Was für die Briten bei den Brexit-Verhandlungen auf dem Spiel steht, nzz.ch, 09.12.2020, <https://www.nzz.ch/international/brexit-verhandlungen-was-fuer-die-briten-auf-dem-spiel-steht-ld.1590931?reduced=true>

<sup>25</sup> Benjamin Triebe, Brexit, Banken und die City: Wer für das Schlimmste plante, lag richtig, nzz.ch, 03.12.2020, <https://www.nzz.ch/wirtschaft/brexit-zaesur-fuer-grossbritanniens-banken-und-finanzplatz-london-ld.1589420?reduced=true>

<sup>26</sup> Jochen Buchsteiner, Eine Erfolgsmeldung nach vielen Nackenschlägen, faz.net, 02.12.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/grossbritannien-laesst-corona-impfstoff-von-biontech-und-pfizer-zu-17081347.html>

<sup>27</sup> Bernd Riegert, EU schiebt Erweiterung vor sich her, Deutsche Welle, 08.12.2020, <https://www.dw.com/de/eu-schiebt-erweiterung-vor-sich-her/a-55874238>

<sup>28</sup> Christoph Schult, »Wasser auf die Mühlen nationalistischer Kräfte«. Interview mit Michael Roth, Der Spiegel, 12.12.2020.

<sup>29</sup> Sascha Lehnartz, „Als würden sie in Berlin Hitlers Todestag feiern“. Interview mit Eketarina Sachariewa, Welt Online, 16.12.2020,

<https://www.welt.de/politik/ausland/plus222502872/Bulgariens-Aussenministerin-Sachariewa-Streit-mit-Nordmazedonien.html>

<sup>30</sup> Daniel Steinvorth, Seehofers Scherbenhaufen: In der Asylpolitik der EU gibt es einen Fortschrittsbericht, aber keinen Fortschritt, nzz.ch, 14.12.2020, <https://www.nzz.ch/international/eu-asylpolitik-seehofers-scherbenhaufen-ld.1591977?reduced=true>

<sup>31</sup> Karoline Meta Beisel/ Matthias Kolb, Leere im Hotspot, sueddeutsche.de, 12.11.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-leere-im-hotspot-1.5113656>

<sup>32</sup> Thomas Gutschker, Seehofers erloschener Funke, faz.net, 14.12.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/seehofer-hat-in-der-eu-migrationspolitik-wenig-erreicht-17102278.html>

<sup>33</sup> Marcel Leubecher, Beim Ringen um die EU-Asylreform zeigt sich ein altbekanntes Muster, Welt Online, 15.12.2020, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article222505570/EU-Beim-Ringen-um-die-Asylreform-zeigt-sich-ein-fatales->

[Muster.html](#)

<sup>34</sup> Till Fährnders, „Zusammen haben wir eine starke Stimme in dieser Welt“, faz.net, 01.12.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/strategische-partnerschaft-der-eu-mit-asean-staaten-17079713.html>

<sup>35</sup> Dana Heide/ Hans-Peter Siebenhaar/ Till Hoppe, Investitionsabkommen: EU und China verhandeln unter Hochdruck über Streitpunkte, Handelsblatt online, 15.12.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/wirtschaftspolitik-investitionsabkommen-eu-und-china-verhandeln-unter-hochdruck-ueber-streitpunkte/26719438.html?ticket=ST-15340726-ruIZ1K066EyovYkpCZsv-ap2>

<sup>36</sup> Maximilian Kalkhof, Weltordnung statt Whiskey – Europas neue China-Strategie, Welt Online, 14.09.2020, <https://www.welt.de/politik/ausland/article215724840/Umgang-mit-Peking-Weltordnung-statt-Whiskey-Europas-neue-China-Strategie.html>

<sup>37</sup> Lea Deuber/ Björn Finke/ Christoph Giesen/ Matthias Kolb, Furcht vor dem Handelskrieg, sueddeutsche.de, 18.12.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/wirtschaftspolitik-furcht-vor-dem-handelskrieg-1.5152765>

<sup>38</sup> Eric Bonse, Kein Shopping mehr für Folterer, taz.de, 08.12.2020, <https://taz.de/Sanktionspolitik-der-EU/!5736895/>

<sup>39</sup> Daniel Steinvorth, Die EU will effizienter gegen Menschenhändler und Völkermörder vorgehen, nzz.ch, 07.12.2020, <https://www.nzz.ch/international/menschenrechtsverletzung-eu-will-mit-gesetz-effizienter-vorgehen-ld.1590745?reduced=true>

<sup>40</sup> Bernd Riegert, EU ahndet Menschenrechtsverstöße weltweit, Deutsche Welle, 07.12.2020, <https://www.dw.com/de/eu-ahndet-menschenrechtsverst%C3%B6%C3%9Fe-weltweit/a-55847456>